

Zum Umgang mit Flüchtlingen im Land Brandenburg

Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages am 19.10.2013 in Eberswalde

Der Landesparteitag verurteilt jede Form rassistischer Hetze. Wir setzen uns für das solidarische Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen ein.

Wir fordern unsere Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Brandenburger Landesregierung auf die Bundesregierung Druck ausübt, damit die bei Zuflucht- und hilfesuchenden Menschen entsprechend der Konvention für Menschenrechte behandelt werden. Von Strapazen und Traumata geprägt bedarf es einer umfassenden psychologischen Betreuung, die den Flüchtlingen unmittelbar ab ihrer Ankunft zur Verfügung gestellt werden muss und auch über die Phase hinaus ihr Einleben erleichtert.

Viele der Zuwanderinnen und Zuwanderer möchten sich ins gesellschaftliche Leben der Kommunen einbringen. Dazu ist es nötig, dass ihnen ermöglicht wird, von Anfang an die deutsche Sprache zu erlernen – ohne irgendwelche Einschränkungen und die bisherigen Arbeitsverbote aufgehoben werden.

DIE LINKE Brandenburg setzt sich ein für:

- eine vorrangige Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen
- eine maximale Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften von 12 Monaten, bei Familien und besonders schutzwürdigen Menschen weniger
- besondere Betreuung von minderjährigen Alleinreisenden, alten Menschen, Behinderten und traumatisierten Flüchtlingen
- die Einrichtung eines kommunalen „Umzugsmanagements“ für Flüchtlinge
- die Beteiligung von Flüchtlingen an der Konzeptionierung von Unterkünften, auf ihre Bedürfnisse muss eingegangen werden
- eine bessere Personalausstattung für die Betreuung soziale und psychologische traumatisierter Flüchtlinge
- die multikulturelle Qualifikation von Verwaltungsmitarbeiterinnen auf allen Ebenen der Verwaltung und anderen weiteren Entscheidungsträgern
- die bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht
- die Beendigung der Benachteiligung von Asylsuchenden bei dem Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und Sozialleistungen

Wir bitten die Brandenburgerinnen und Brandenburger, sich auf kommunaler Ebene - also dort wo die konkreten Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Bevölkerung stattfinden - verstärkt für ein gleichberechtigtes Leben dieser Menschen einzusetzen. Rassistische Ressentiments müssen von Anfang Ernst genommen und bekämpft werden. Es muss ein Ende haben, dass die bei uns Hilfesuchenden zumeist nur aus ökonomischem Blickwinkel betrachtet werden.